N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 30. November 2012, 16:00 Uhr, im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD:	Backes, Böttcher, Büchner, Daser, Dehmel, Dinnebier, Dirmeier, Hesse, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Rink, Seelig, Dr. Seemann, Sell, Severin, Simon, Weidemann, Dr. Wiegand
CDU:	Brunnet, Heck, Jannasch, Kissel, Muth, Range, Röhrkohl, Schaffner, Scherer, Stompfe, Stötzel
GRÜNE:	Dorn, Flohrschütz, Göttling, Dr. Lindemann-Stark, Messik, Neuwohner, Nezi, Dr. Perabo, Seitz, Sollwedel, Dr. Therre-Staal, Volz
Marburger Linke:	Adsan, Bauder-Wöhr, Köster-Sollwedel, Schalauske
FDP:	Sawalies, Schartner
MBL:	Becker, Dr. Uchtmann
BFM	Suntheim-Pichler
Parteilos	Klee

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Oppermann
Stadtrat Rehlich
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadtrat Stürmer

Es fehlten entschuldigt:

Die Stadtverordneten Wölk (SPD), Kaufmann, Pfalz und Vaupel (CDU), Dr. Baumann (B90/Die Grünen), die ehrenamtlichen Stadträte Biver, Reinhard, Sprywald und die ehrenamtliche Stadträtin Schulze-Stampe.

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner, Stabsstelle Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:06 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Besonders begrüßt wird die neue Stadtverordnete Dr. Anke Lindemann-Stark. Sie ist für die ausgeschiedene Stadtverordnete Johanna Busch (Bündnis 90/Die Grünen) in die Stadtverordnetenversammlung nachgerückt.
Der Stadtverordnetenvorsteher wünscht der Stadtverordneten viel Freude und Erfolg bei der politischen Arbeit für die Universitätsstadt Marburg.

Anschließend gedenkt die Stadtverordnetenversammlung des verstorbenen Stadtältesten Conrad Hahn, Stadtteil Cappel. Der Stadtverordnetenvorsteher spricht Worte des Gedenkens.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 02. November ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche aus dem Hause werden nicht vorgetragen. Die Niederschrift gilt somit in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zur heutigen Tagesordnung liegen keine ergänzenden Beschlussvorlagen vor.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt weiterhin einen Überblick über die Tagesordnung, die angemeldeten Aussprachen und Zurückstellungen.

Im Übrigen wird die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung genehmigt.

zu 4 Fragestunde

---

zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 1 11/2012) Vorlage: VO/1866/2012

Immer häufiger ist zu beobachten, dass kleinere Baumaßnahmen im öffentlichen Raum in Marburg monatelang still stehen, ohne dass einmal aufgerissene Löcher wieder verfüllt werden. (Beispielhaft sei die Baustelle „An den Siechengärten" genannt, die den Verkehr monatelang behindert hat, ohne dass bauliche Tätigkeiten erkennbar waren.) Den Anwohnern ist dabei oft nicht bekannt, warum die Baumaßnahme nicht beendet wird und bei wem man sich erkundigen bzw. beschweren kann. Kann der Magistrat Auskunft darüber erteilen, warum dies neuerdings öfter der Fall ist und wie will er dies in Zukunft vermeiden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

In den letzten drei Jahren führen die SWM mehr Tiefbaumaßnahmen als in den Jahren zuvor aus. Das Grauguss-Sanierungsprogramm und erforderliche Netzertüchtigungsmaßnahmen zur Aufnahme des Bioerdgases aus der Bioerdgas-Aufbereitungsanlage im Ebsdorfergrund erfordern mehr Bautätigkeiten in den Versorgungsnetzen als dies in den Jahren zuvor üblich war. Diese Vielzahl an Baumaßnahmen führt grundsätzlich erst einmal dazu, dass in Marburg mehr Tiefbauarbeiten zur gleichen Zeit an verschiedenen Stellen stattfinden.

Sanierungsmaßnahmen erfordern in der Abwicklung grundsätzlich mehr Zeit als Neubaumaßnahmen, weil die neue Leitung parallel zur vorhandenen noch in Betrieb befindlichen Versorgungsleitung verlegt werden muss. In der Regel müssen auch die Hausanschlüsse aufgrund ihres Alters und Zustandes mit erneuert werden. Ein wesentlicher Zeitfaktor sind die Umbindungen der Hausinstallationen an die neue Hausanschlussleitungen und die Einbindungen der neuen Versorgungsleitungen in das vorhandene Versorgungsnetz bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Versorgung.

Die endgültige Fertigstellung der Tiefbaumaßnahme erfolgt mit dem Auftrag des Feinasphalts. Dadurch, dass die Einbindungs- und Umbindungsarbeiten punktuell zum Schluss der gesamten Baumaßnahme stattfinden, entstehen deswegen vermehrt einzelne Baugruben. Damit bleiben die gesamten Rohr- bzw. Kabelgräben im gesamten Sanierungsbereich in einem nicht endgültig fertig gestellten Zustand. Dies erweckt den Anschein, dass die Baumaßnahmen nicht zügig bzw. ohne erkennbare Aktivitäten abgewickelt werden.

Die in der Anfrage konkret genannte Baustelle „An den Siechengärten" war eine Baustelle im Rahmen des behördlich geforderten Austausches von Erdgasversorgungleitungen, die als Graugussleitung errichtet wurden und nunmehr durch eine Kunststoffleitung (PE) ersetzt werden. Im Zuge dieser sogenannten Grauguss-Sanierung wurde auch die Wasserleitung erneuert und eine Datenleitung (LWL) neu verlegt. Der Standort an den Siechengärten ist ein zentraler Knotenpunkt für die Einbindung dieser Infrastrukturen und die Baustelle konnte erst nach Fertigstellung aller o. a. Nebenarbeiten geschlossen werden. Durch diese technisch notwendige Verfahrensweise kann der Eindruck entstehen, die Baustelle sei vergessen worden. Tatsächlich ist dies, wie bereits beschrieben, dem Umstand geschuldet, dass unter vollem Betrieb der alten Infrastruktur eine Rekonstruktion der Leitungen, Hausanschlüsse etc. durchgeführt wird.

Diese Abwicklung dient der Aufrechterhaltung einer weitgehend unterbrechungsfreien Versorgung und ist daher kundenfreundlich. Durch Verkürzung der Bauabschnitte könnte dem subjektiven Eindruck still stehender Baustellen entgegen gewirkt werden; die Folgen wären jedoch vermehrte Versorgungsunterbrechungen und höhere Baukosten.

Von der Stadtverwaltung kann nur begrenzt auf die Abwicklung der Baumaßnahmen von Versorgungsunternehmen eingewirkt werden. Die technischen Herausforderungen müssen von den jeweiligen Unternehmen selbst gelöst werden und eine Freigabe der Straße kann erst nach Abschluss der Maßnahme erfolgen. Die gegenwärtige Situation soll jedoch genutzt werden, um noch einmal an alle Baustellenbetreiber zu appellieren, ihre Maßnahmen konzentriert umzusetzen und nicht mehr Baustellen zu beginnen, als tatsächlich auch abgewickelt werden können.

Nach Beendigung der Grauguss-Sanierungsmaßnahmen in 2015 ist mit einer erheblichen Verringerung der Belastungen durch Tiefbaumaßnahmen zu rechnen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Weidemann (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister und den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.2 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Marco Nezi (Nr. 2 11/2012) Vorlage: VO/1867/2012

Kann der Magistrat konkrete Auskunft darüber geben, wie groß der Anteil von Lehrerinnen und Lehrern an Marburger Schulen ist, die nicht über einen schulpädagogisch spezifischen Abschluss (in der Regel 1. und 2. Staatsexamen) verfügen? Wie unterscheidet sich diese Quote nach Schule und Schulform?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

An den Marburger Schulen sind derzeit 1.154 Lehrerinnen und Lehrer beschäftigt, davon entfallen 313 auf die Berufsschulen und 841 auf die übrigen Schulformen.

Die Lehrkräfte, die nicht über einen schulpädagogischen spezifischen Abschluss verfügen, verteilen sich wie folgt auf die Schulformen:

Im Bereich der Grundschulen und der Haupt- und Realschulen sind keine Lehrerinnen und Lehrer ohne einschlägige pädagogische Qualifikation eingesetzt. Im Bereich der Gymnasien arbeiten 2 Lehrkräfte (mit zusammen 10 Std./Woche), an der Richtsberg Gesamtschule ebenfalls 2 Lehrkräfte mit insgesamt 11 Std./Woche und 1 Lehrkraft arbeitet im Umfang von 2 Stunden an der Schule am Schwanhof.

An den Berufsschulen sind 37 Lehrkräfte dieser Kategorie mit unterschiedlichem Stellenumfang tätig.

---

zu 4.3 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Marco Nezi (Nr. 3 11/2012) Vorlage: VO/1868/2012

Kann der Magistrat berichten, welche Fortschritte insbesondere die Stadtwerke Marburg und andere städtische Unternehmen bei der konsequenten Verwendung von Recyclingpapier und Papier aus nachhaltiger Produktion erzielt haben (insbesondere auch bei Geschäftsbericht, Werbebroschüren, Rechnungen und Briefen zur Kundenkommunikation)?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Kundenzeitschrift Service Magazin der Stadtwerke Marburg wird klimaneutral und auf FSC- Papier gedruckt. Für die Anschreiben der Abteilung Kommunikation verwenden die Stadtwerke FSC-Papier EU-Ecolabel. Der Geschäftsbericht der Stadtwerke wird klimaneutral gedruckt. Auch die Produktflyer, Förderprogramme, Mailings und sonstigen Drucksachen der Abteilung Handel/Vertrieb werden klimaneutral, in den meisten Fällen auch bei der Druckerei Druckhaus in Marburg gedruckt.
Dazu ein Zitat der Druckerei Druckhaus in Marburg zum Druck des Geschäftsberichtes der Stadtwerke Marburg: „Das verwendete Papier hat die FSC Zertifizierung! Der Geschäftsbericht ist in Gänze digital gedruckt. Die neuen Maschinen haben biologisch abbaubaren Toner nach neuesten Fogra-Digital-Standards, Resttoner wird vom Hersteller zurück genommen und entsorgt. Der Stromverbrauch liegt deutlich unter der einer vergleichbaren Offsetmaschine. Im ganzen Produktionsprozess kommt außer beim Toner keine Chemie mehr zum Einsatz.

Ihr Auftrag ist ohne Einsatz anderer Hilfsmittel hergestellt worden, wie etwa Druckplatten aus Aluminium und dazu gehöriger nachweispflichtiger Entwicklerflüssigkeiten.
Kurz gesagt: der Geschäftsbericht ist nach derzeit neuesten industriellen Standards produziert. Darüber hinaus verwenden wir Strom der Stadtwerke Marburg aus 100% erneuerbaren Energien und leisten mit dem Tarif Umwelt Plus einen zusätzlichen, freiwilligen Beitrag zur Förderung von Solaranlagen in Marburg. Wir drucken im Offset da, wo es die Anforderungen des jeweiligen Auftrags erlauben mit Druckfarbe aus nachwachsenden Rohstoffen. 30% der Belegschaft kommt in der Regel mit dem Fahrrad zur Arbeit, darüber hinaus gibt es Fahrgemeinschaften. Drucken wir klimaneutral? Definitiv ja, jedoch ohne externe Zertifizierung!"

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Nezi (Bündnis 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 4 11/2012)
Vorlage: VO/1869/2012

Kann der Magistrat ein absolutes Haltverbot (in der Zeit von 7-18 Uhr an Werktagen) an der Biegenstraße vor dem Capitol-Center auf dem Seitenstreifen veranlassen, damit die Busse dort schneller die Haltestelle Rudolphsplatz bedienen können und dann weiter in Richtung Universitätsstraße fahren können?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Ladezone mit eingeschränktem Haltverbot vor dem Capitol-Center ist für die in diesem Bereich ansässigen Geschäfte, Anwohner und andere Institutionen notwendig, da in diesem Abschnitt der Biegenstraße keine weiteren Möglichkeiten für ein kurzes Halten vorhanden sind. Bei einem Wegfall dieser Möglichkeit ist zu befürchten, dass dann an anderen Stellen Ladeverkehr abgewickelt wird, wodurch Behinderungen für den fließenden Verkehr und damit auch für den ÖPNV entstehen.

Um ein ungehindertes Einfahren in die Bushaltestelle zu gewährleisten, ist der Bereich unmittelbar vor der Haltestelle bereits mit absolutem Haltverbot beschildert.

Eine Änderung der Beschilderung ist daher nicht vorgesehen.

---

zu 4.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 5 11/2012)
Vorlage: VO/1870/2012

Kann der Magistrat darüber Auskunft geben, welche kommunalen Steuern in Hessen auf der Grundlage des Steuerfindungsrechts einer Kommune in Hessen eingeführt wurden und ob Marburg eine „Zweitwohnsitzsteuer" einführen sollte?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Städte, Gemeinden und Landkreise haben bei den örtlichen Verbrauchs- und Aufwandssteuern ein (begrenztes) Steuerfindungsrecht. Jede Kommune in Hessen kann für ihr Gebiet eine neue Steuer einführen, ohne dass sie dafür eine Genehmigung ihrer Aufsichtsbehörde oder des Landes bedarf. Sie muss dafür eine entsprechende kommunale Satzung erlassen.
Die Kommunen können nur solche Steuern einführen, die nicht mit bundesgesetzlich geregelten Steuern gleichartig sind. So ist beispielsweise daran die Einführung der kommunalen Verpackungssteuer gescheitert. Erfolgreich aus Sicht der Kommunen war dagegen die Einführung der Zweitwohnungssteuer.
Das Steuerfindungsrecht gewährt einen großen Spielraum zur Einführung von örtlichen Verbrauchs- und Aufwandssteuern. Diskutiert wird beispielsweise über die Einführung einer Pferdesteuer, einer Katzensteuer, einer Solariensteuer, einer Heizpilzsteuer usw.. Die Einführung der sog. Bettensteuer ist durch eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vorerst in Frage gestellt worden.
Dem Magistrat liegt keine Zusammenstellung der in Hessen im Rahmen des Steuerfindungsrechts eingeführten Steuern vor, so dass hierzu keine Auskünfte gegeben werden können.
Der zweite Teil der Frage, ob Marburg eine Zweitwohnungssteuer einführen sollte, muss zurzeit mit Nein beantwortet werden. Hier überwiegen die Nachteile. Mit dem Programm „Marburg@home" hat die Stadt Marburg ein gutes Instrument, die Anzahl der Zweitwohnsitze der Studenten im Stadtgebiet in Grenzen zu halten. Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass zu Beginn der Studiensemester die Anfragen an unsere Steuerabteilung zunehmen, die sich mit der Erhebung einer Zweiwohnsitzsteuer in Marburg beschäftigen.

---

zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dagmar Daser (Nr. 6 11/2012)
Vorlage: VO/1902/2012

Für das Cafe Trauma sollte eine behindertengerechte Rampe installiert werden. Wie weit sind die Planungen und für wann ist mit dem Baubeginn zu rechnen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Planungen für die Maßnahme sind abgeschlossen, die Arbeiten sollen im I. Halbjahr 2013 ausgeführt werden.
Die entsprechenden Haushaltsmittel von 35.000 € sind im Haushaltsentwurf Ergebnishaushalt 2013, Produkt 665010, Planen, Bauen und Unterhaltung von stadteigenen Bauten einschließlich Haustechnik und Energie, veranschlagt.

---

zu 4.7 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Gerald Weidemann (Nr. 7 11/2012)
Vorlage: VO/1872/2012

Der Magistrat wurde vom Stadtparlament beauftragt, die Einrichtung einer beleuchteten Joggingstrecke zu prüfen. Jetzt wird es bereits ab 17 Uhr dunkel und im Bereich Campingplatz brennt kein Licht. Wie weit sind die Planungen und ab wann wird welche Strecke für die Läufer beleuchtet sein?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Bezugnehmend auf die Stellungnahme zum Antrag der Fraktion SPD und Bündnis 90/Die Grünen, VO/1362/2012 vom 12. Juni 2012 weisen wir darauf hin, dass das Verfahren entsprechend der Haushaltsberatungen 2013 verfolgt wird. Der FD Sport/42 wird in Verbindung mit den weiteren beteiligten Fachdiensten einen entsprechenden Prüfungsauftrag an ein externes Fachbüro erteilen. Schwerpunkt der zu betrachtenden Fuß- und Radwegeabschnitte werden im Bereich der Schützenpfuhlbrücke, der Südspange und der Konrad-Adenauer-Brücke gelegt werden.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Weidemann (SPD) wird durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 8 11/2012)
Vorlage: VO/1905/2012

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob eine Erweiterung der Fußgängerzone bis zu den Kammerlichtspielen eingerichtet werden kann, um die Attraktivität der Flaniermeile zu erhöhen und den Gaststätten Gelegenheit zu geben, im Sommer mit Außentischen dem Publikum den Blick auf den Steinweg und das Nordviertel zu ermöglichen.

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Kurzfristig ist eine Ausweitung der Fußgängerzone in Richtung Steinweg nicht möglich, da sich unmittelbar vor dem derzeitigen Beginn der Fußgängerzone eine Wendemöglichkeit für Pkw und Lieferfahrzeuge befindet, die dann verkehrsrechtlich nicht mehr zur Verfügung stehen würde.

Es gibt Überlegungen, den Straßenzug Steinweg, Neustadt und Wettergasse neu zu gestalten. In diesem Rahmen soll die Aufenthaltsqualität in dem genannten Straßenzug insgesamt verbessert werden.

---

zu 4.9 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 9 11/2012)
Vorlage: VO/1903/2012

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt und z. B. dem Stadtmarketing-Office durch eine weitere qualitative Ausrichtung des Handels die Attraktivität des Steinwegs erhöht werden kann, zum Beispiel um hochwertige kulturelle Angebote („Kunst am Steinweg" als sommerliches Straßenfest) und Veranstaltungen („Sommerliches Weinfest"). Die Bereitschaft der Anrainer ist durch eine Unterschriftensammlung gegeben.

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

In der Tat gibt es gerade am Steinweg eine Vielzahl kreativer Akteure - von der (nicht nur Jazz-) Kneipe Cavete bis hin zu Kinos und Galerien. Richtig ist auch der Hinweis auf das in der Gründung befindliche Stadtmarketing-Office, das unter Einbeziehung des Markt- und Aktionskreises (MAK) und der darin organisierten Werbekreise - hier: Werbekreis Oberstadt - agieren wird. Die örtlichen Gegebenheiten mit den verschiedenen Ebenen des Steinwegs sind durchaus günstig. Der Impuls sollte allerdings von den Steinweg-Akteuren und ihrem Werbekreis Oberstadt ausgehen.

Bei den Weihnachtsaktivitäten des MAK spielt der Steinweg auch in diesem Jahr mit der Aktion „Märchenwald" und einem Märchen-Gewinnspiel (Grimmjahr!) eine wichtige Rolle. Dabei ist auch der Fachdienst Kultur (Kulturamt) aktiv beteiligt.

zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Uwe Volz (Nr. 10 11/2012)
Vorlage: VO/1904/2012

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob in der Frankfurter Straße ein Fahrradstreifen eingerichtet werden kann.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Durch die zuständigen Fachdienste wird in Abstimmung mit dem regionalen Verkehrsdienst der Polizei geprüft, ob in der Frankfurter Straße ein Fahrradstreifen eingerichtet werden kann.

Nach erfolgter Prüfung wird der Fragesteller über das Ergebnis informiert.

---

zu 4.11 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Andrea Suntheim-Pichler (Nr. 11 11/2012)
Vorlage: VO/1906/2012

Nicht nur die Marburg werden zurzeit mit einem Übermaß an Baustellen und Vollsperrungen wichtiger Verkehrsstraßen in Marburg konfrontiert. Aufgrund ihrer Ortskenntnisse können diese ausweichen und die Engpässe großräumig umgehen. Auswärtige Autofahrer werden aber vor vollendete Tatsachen gestellt.
Werden Vollsperrungen und längerfristige Baustellen und deren Umleitungen an entsprechende Stellen gemeldet, damit diese in Satelliten-Navigationssysteme eingespeist werden und somit ortsunkundigen Autofahrern eine Hilfestellung geben können?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Alle Meldungen über Baustellen und Vollsperrungen erfolgen in Hessen zentral über die Landesmeldestelle der Polizei an die Bertreiber der Satelliten-Navigationssysteme.

Dabei erfolgen Meldungen nur für Bundesautobahnen und für wichtige Bundesstraßen mit überörtlicher Bedeutung.

Nach Auskunft der Landesmeldestelle können keine Baustellen oder Vollsperrungen mit lokaler Bedeutung gemeldet werden. Für die TMC-Meldungen (Traffic Message Channel) sind bundesweit nur ca. 50.000 Location-Codes vorhanden. Deshalb ist es nicht möglich, alle Straßenabschnitte oder Kreuzungen zu kodieren.

---

zu 4.12 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Andrea Suntheim-Pichler (Nr. 12 11/2012)
Vorlage: VO/1873/2012

Die Bauarbeiten am Hospiz St. Elisabeth haben begonnen. Die großen Erdbewegungen zeigen deutliche Spuren auf der Straße „Rotenberg" und dem angrenzenden Streifen, der von Fußgängern benutzt wird.
Kann dafür Sorge getragen werden, dass Straße und Fußweg in einem Zustand sind, der eine Gefährdung ausschließt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Bei der örtlichen Überprüfung der Straße Rotenberg und nach Rücksprache mit dem Fachdienst Straßenverkehrsbehörde und der örtlichen Bauleitung hat der Fachdienst Bauaufsicht folgendes festgestellt:

Der Fachdienst Straßenverkehrsbehörde führt in regelmäßigen Abständen Kontrollen im Straßen- und Fußgängerbereich in der Nähe der Baustelle durch. Dabei konnten nur geringe Verschmutzungen festgestellt werden.
Der Dienstleistungsbetrieb Marburg ist beauftragt die Straße in regelmäßigen Abständen zu reinigen.
Bei der Ortsbesichtigung konnten nur geringe Verunreinigungen der Fahrbahn festgestellt werden, die keine Verkehrsgefährdung darstellen können. Zusätzlich wurde hier eine Beschilderung aufgestellt, die nur Tempo 30 zulässt.

Der Aushub der Baugrube soll nach Angabe der Bauleitung bis zum 16.11.2012 abgeschlossen sein. Danach wird der Baustellenverkehr deutlich abnehmen.

---

zu 4.13 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Tanja Bauder-Wöhr (Nr. 13 11/2012)
Vorlage: VO/1908/2012

Kann der Magistrat Auskunft erteilen, wie viele Bebauungspläne in den letzten fünf Jahren unter folgender Kategorisierung, nämlich im vereinfachten Verfahren nach § 13, im beschleunigten Verfahren nach § 13a Abs. 2 und als vorhabenbezogener Bebauungsplan nach § 12, als verbindlicher Bebauungsplan aufgestellt wurden? Und welche sich in gleicher Unterscheidung in Vorbereitung befinden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Mit dem Gesetz zur Erleichterung für die Innenentwicklung der Städte vom 01.01.2007 hat der § 13a Baugesetzbuch Bebauungspläne der Innenentwicklung Eingang in das Baugesetzbuch gefunden.

Seit diesem Zeitpunkt sind 9 Bebauungspläne aufgrund dieser Rechtsgrundlage rechtskräftig geworden. 12 weitere Bebauungspläne befinden sich im Verfahren.

Gemäß § 12 Baugesetzbuch Vorhaben- und Erschließungsplan ist in den letzten Jahren 1 Bebauungsplan rechtskräftig geworden. Weitere 3 Bebauungspläne befinden sich im Verfahren.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Bauder-Wöhr (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.14 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Tanja Bauder-Wöhr (Nr. 14 11/2012)
Vorlage: VO/1874/2012

Kann der Magistrat Auskunft erteilen, inwieweit die Ergebnisse der Untersuchung zur Nutzungserweiterung von Sportflächen (vom 23.12.11) durch das Fachbüro Payer GmbH umgesetzt werden, und ist dadurch auch gewährleistet, dass alle Marburger Schulen, die laut Lehrplan zu erfüllenden 3 Pflichtsportstunden, auch tatsächlich in gedeckten Flächen abgehalten werden können?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

In der Zeit vom 19.12.2011 bis 21.12.2011 wurden die Bürgerhäuser, Turnhallen und Vereinsräume in den östlichen Stadtteilen hinsichtlich ihrer sportlichen Eignung untersucht. Als Ergebnis der Untersuchung konnten weitere Räumlichkeiten aufgezeigt werden, die den Anforderungen entsprechen. Auf Grundlage dieser Untersuchung konnte vor allem der Schulsportunterricht der Astrid-Lindgren Schule und der Richtsberg Gesamtschule, für die Zeit der Sanierungsarbeiten an der Turnhalle Richtsbergschule, in die Turnhalle in Moischt verlagert werden. Die Turnhalle in Schröck wird von den Schülerinnen und Schülern der Tausendfüßlerschule genutzt.

Alle anderen untersuchten Örtlichkeiten werden durch ortsansässige Vereine für sportliche Zwecke genutzt.

In Ergänzung zur Nutzungserweiterung der Hallen östlicher Stadtteile wurde mit Beginn des Schuljahres 2012/13 die Ballsporthalle in der Frauenbergstraße in Betrieb genommen.

So konnten alle von den Schulen angeforderten Hallenteile in den Belegungsplan für das laufende Schuljahr eingearbeitet werden, so dass wir davon ausgehen, dass die Schulen entsprechend ihren Meldungen unterrichten können.

---

zu 4.15 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Gerald Weidemann (Nr. 15 11/2012)
Vorlage: VO/1875/2012

Im Jahr 2011 wurde von der Stadt Marburg eine Schankgenehmigung erteilt, egal ob die Veranstaltung Samstag beginnt und Sonntag endet. Seit 2012 ist die Genehmigung doppelt so teuer, da für Samstag und Sonntag bezahlt werden muss.
Was sind die Hintergründe für diese Erhöhung, die für Vereine eine ernstzunehmende Belastung sein kann?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Mit dem Inkrafttreten des neuen Hessischen Gaststättengesetzes zum 01.05.2012 wurde auch die Erhebung von Gebühren nach landesrechtlichen Vorgaben geregelt.
So erheben alle Kommunen im Landkreis Marburg-Biedenkopf einen einheitlichen Betrag für die Anzeige von Veranstaltungen. Eine Unterscheidung, ob die Veranstaltung an einem Samstag oder Sonntag stattfindet, erfolgt nicht.
Für Vereine und gemeinnützige Organisationen (rd. 70 %), die karitative Ziele verfolgen, orientiert sich die Gebührenerhebung immer am unteren Gebührensatz des vom Land festgesetzten Gebührenrahmens.

Am 19.11.2012 erreichte das Ordnungsamt eine Mail des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung. Das Ministerium begrüßt die Anregung der Mitglieder des Hessischen Städtetages, wonach Vereine ihre Veranstaltungen gebündelt für ein Jahr anzeigen sollten, zumal diese in der Regel geplante und wiederkehrende Veranstaltungen sind. Eine solche Bündelung hätte eine moderatere Gebührenbemessung zur Folge und unterstützt sowohl die Vereinsfreundlichkeit als auch das ehrenamtliche Engagement.
Nähere Informationen können die Vereine über die Gewerbeabteilung einholen.

---

zu 4.16 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Sollwedel (Nr. 16 11/2012)
Vorlage: VO/1876/2012

Liegen dem Magistrat Zahlen vor, wieviele der in der Oberstadt Lärm emittierenden, Vandalismus und Verunreinigung verursachenden Feiernden zuvor in einer *Oberstadt-Kneipe* gewesen sind und kann er Auskunft darüber geben, ob die Verunreinigungen, die am nächsten morgen von Anwohnern gefunden werden, maßgeblich in der Zeit ab 3 Uhr entstehen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Es liegen zahlreiche Beschwerden über Lärm, Verunreinigung und auch Vandalismus aus dem Bereich der Oberstadt vor. Vielfach gehen Beschwerden hier nur telefonisch ein, die oftmals allgemein gehalten und nicht zuzuordnen sind, so dass keine konkrete Gesamtanzahl der Beschwerden benannt werden kann.
Zu den Lärmbeschwerden gehören laute Musik aus den Gaststätten, aber auch Gäste, die vor den Gaststätten verweilen oder nachts durch die Oberstadt gehen und sich zum Teil laut unterhalten.
Verunreinigungen werden dem Ordnungsamt durch wildes Urinieren und Erbrechen an Hauswänden und Hauseingängen, zerbrochene Flaschen, Zigarettenkippen, umgeworfene Mülltonnen bis hin zur Zerstörung der Bepflanzung der Blumenkübel durch Anwohner oder auch unseren Dienstleistungsbetrieb (DBM) gemeldet.
Rund 50 % der Beschwerden sind auf die Gaststättenbesucher zurückzuführen.
Nicht konkret feststellbar ist, um welche Uhrzeit sich diese Beschwerden häufen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Damit ist die Fragestunde abgelaufen. Die restlichen Fragen Nr. 17 bis Nr. 30 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

---

zu 7 Umgestaltung und Erweiterung des Erwin-Piscator-Hauses Vorlage: VO/1756/2012

Dieser Tagesordnungspunkt wird zusammen mit

TOP 14.1 Antrag der CDU-Fraktion betr. Neubau Stadthalle VO/1516/2012

aufgerufen und beraten.

Zunächst erfolgen die Berichte der Ausschüsse:

Zu TOP 7

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Auch der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt mehrheitlich die Zustimmung.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Magistratsvorlage.

Zu TOP 14.1

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Aussprache wurde beantragt.

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt ebenfalls mehrheitlich die Ablehnung des Antrages. Auch hier wurde Aussprache beantragt.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt mehrheitlich die Ablehnung mit Aussprache.

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Aussprache. Es sprechen die Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL), Stompfe (CDU), Seitz (Bündnis 90/Die Grünen), Köster (Marburger Linke), Rink (SPD), Röhrkohl (CDU), Becker (MBL). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle. Weiterhin sprechen der Stadtverordnete Stötzel (CDU), Bürgermeister Dr. Kahle und erneut Stötzel (CDU).

Nach der Beratung lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die Vorlagen abstimmen.

Zu TOP 7

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Die Ausführungsplanung für das Erwin-Piscator-Haus mit einem Kostenvolumen von 24,125 Mio. € netto (28,709 Mio. € brutto) wird genehmigt. (Projektbeschluss gemäß 2.4 Anlage 21 AGA)

Zu TOP 14.1

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, FDP, MBL, BfM und Stadtverordneter Klee sowie Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 8 Marburger Ortsrecht
Änderung der Gebührenordnung für die öffentlichen Parkflächen in der Universitätsstadt Marburg (Parkgebührenordnung)
Vorlage: VO/1786/2012

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss hat die Vorlage ausführlich beraten. Die Fraktion Marburger Linke hat einen Änderungsantrag eingebracht. Der Antragstext solle wie folgt ergänzt werden:

Der Magistrat wird aufgefordert, dafür sorge zu tragen, dass die Mehreinnahmen für die zusätzliche Verbesserung im ÖPNV für zusätzliche Taktzeiten am Richtsberg und Waldtal an Wochenenden genutzt werden sollen.

Dieser Änderungsantrag wurde vom Umweltausschuss jedoch abgelehnt. Zur Vorlage selbst empfiehlt der Umweltausschuss mehrheitlich die Zustimmung. Aussprache wurde angemeldet.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch im Bau- und Planungsausschuss hat die Fraktion Marburger Linke den bereits zitierten Änderungsantrag gestellt, der auch hier abgelehnt wurde. Zur Vorlage selbst empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich dem Votum vom Bau- und Planungsausschuss und Umweltausschuss angeschlossen.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Brunnet (CDU), Nezi (Bündnis 90/Die Grünen), Köster (Marburger Linke),

Dehmel (SPD), Stompfe (CDU), Rink (SPD) und Volz (Bündnis 90/Die Grünen). Für den Magistrat sprechen Bürgermeister Dr. Kahle und Oberbürgermeister Vaupel.

Während der Aussprache hat von 18:06 Uhr bis 18:27 die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Therre-Staal (Bündnis 90/Die Grünen) die Sitzungsleitung übernommen.

Nach der Aussprache lässt der Stadtverordnetenvorsteher zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke aus den Ausschüssen abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke, Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Zur Vorlage selbst:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und Stadtverordneter Klee sowie bei Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der beigefügte I. Nachtrag zur Gebührenordnung für die öffentlichen Parkflächen in der Universitätsstadt Marburg (Parkgebührenordnung) wird beschlossen.

---

zu 10 Marburger Ortsrecht
Neufassung der Friedhofsgebührenordnung der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/1819/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen der Stadtverordnete Schalauske (Marburger Linke) und Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und BfM sowie Nein-Stimmen von Marburger Linke, FDP und Stadtverordneter Klee und bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

Die beigefügte Friedhofsgebührenordnung der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

---

zu 14.3 Antrag der Bürger für Marburg betr. Sicherstellung von Ruhe und Ordnung in der Oberstadt Vorlage: VO/1633/2012

Die Vorlage wird zusammen mit dem Antrag

TOP 14.11 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Einleitung eines Moderationsverfahrens Oberstadt VO/1769/2012

aufgerufen.

Beide Anträge sind im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden.
Es berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift.

Zu TOP 14.3

Der Antrag ist bereits am 30.10. im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Die Stadtverordnete Suntheim-Pichler hat die Antragsformulierung wie folgt abgeändert:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

dass das Ordnungsamt durch den Magistrat veranlasst wird, geeignete und nachhaltige Maßnahmen zu ergreifen, um die nächtliche Ruhestörung, den Vandalismus und die Verunreinigung im Besonderen der Oberstadt einzudämmen. Sollte dies nicht fruchten, erwägt der Magistrat, nur den maßgeblichen Verursachern die Sperrstunde zu verlängern.

In dieser Fassung empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich dem geänderten Antrag zuzustimmen. Aussprache wurde angemeldet.

Dieser Ausschussbericht liegt allen Stadtverordneten als Tischvorlage vor.

Weiterhin wurde der Antrag beraten im Haupt- und Finanzausschuss am 27.11., da zu der Vorlage ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vorgelegt wurde und zwar in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 2. November. Auch dieser Änderungsantrag liegt allen Stadtverordneten als Tischvorlage vor. Der Änderungsantrag hat folgenden Text:

Der Magistrat wird gebeten, einen öffentlichen Dialogprozess zu initiieren, in dem alle beteiligten und betroffenen Akteure an einen Tisch gebracht werden, um geeignete und nachhaltige Maßnahmen

zu entwickeln, gemeinsam die nächtliche Ruhestörung, den Vandalismus und die Verunreinigungen, besonders in der Oberstadt, einzudämmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung somit diesem Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen und SPD zuzustimmen. Die Aussprache wurde bereits in der Sitzung am 23.10. angemeldet.

Zu TOP 14.11

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordneten-versammlung die Zustimmung.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Suntheim-Pichler (BfM), Sollwedel (Bündnis 90/Die Grünen), Oberbürgermeister Vaupel für den Magistrat sowie die Stadtverordneten Schalauske und Köster (Marburger Linke).

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt zunächst über den TOP 14.3 abstimmen.

Zum Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, bei Gegenstimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, einen öffentlichen Dialogprozess zu initiieren, in dem alle beteiligten und betroffenen Akteure an einen Tisch gebracht werden, um geeignete und nachhaltige Maßnahmen zu entwickeln, gemeinsam die nächtliche Ruhestörung, den Vandalismus und die Verunreinigungen, besonders in der Oberstadt, einzudämmen.

Abstimmung über den ursprünglichen Antrag der BfM:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, BfM, FDP und MBL sowie Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu TOP 14.11

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und FDP sowie Nein-Stimmen von CDU, MBL, BfM und Stadtverordneter Klee folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert ein Moderationsverfahren zu den Problemen und Konflikten, die zwischen Anwohnern, Gastronomen und Besuchern abends und nachts in der Oberstadt entstehen einzuleiten. Das Moderationsverfahren soll allen Interessierten offen stehen.

Dabei sollen zunächst die Probleme und Bedenken der AnwohnerInnen sowie der Gastronomiebetriebe und ihrer Nutzer erfasst werden mit dem Ziel gemeinsame Lösungsansätze zu finden.

---

zu 5 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg Bebauungsplan Nr. 26/12, Stadtteil Michelbach, Görzhäuser Hof, Logistik-Zentrum
- Offenlagebeschluss
Vorlage: VO/1733/2012

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Gemäß § 13a in Verbindung mit § 13 Baugesetzbuch (BauGB) wird die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfs Nr. 26/12 "Görzhäuser Hof, Logistik-Zentrum" im Stadtteil Michelbach nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch beschlossen.**

2. **Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 26/12 "Görzhäuser Hof, Logistik-Zentrum" wird entsprechend der Kennzeichnung im Übersichtsplan um eine landwirtschaftliche Wegeparzelle erweitert und es kommen zwei externe Geltungsbereiche (2. Teilgeltungsbereich) für naturschützerische Aufwertungsmaßnahmen hinzu.**

---

zu 6 Marburger Ortsrecht
Neufassung der Entgeltordnung für die städtischen Bäder
Vorlage: VO/1754/2012

Zu dieser Vorlage liegt eine Änderungsvorlage des Magistrats vor betr. Änderung des Tarifs für Kinder und Jugendliche VO/1849/2012. Diese Änderungsvorlage hat auch im Finanzausschuss bereits vorgelegen und wurde mit beraten.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage unter Berücksichtigung der Änderung hinsichtlich des Tarifs für Kinder und Jugendliche.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke, bei Enthaltung der MBL und Enthaltung des Stadtverordneten Klee mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die beigefügte Entgeltordnung für die städtischen Bäder wird beschlossen.

---

zu 9 Marburger Ortsrecht
Neufassung der Friedhofssatzung der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/1817/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Magistratsvorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die beigefügte Friedhofssatzung der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

---

zu 11 Wirtschaftsplan 2013 für den DBM
Vorlage: VO/1812/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zum Wirtschaftsplan 2013 für den DBM.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem vorgelegten Wirtschaftsplan des DBM für das Geschäftsjahr 2013 zu.

---

zu 12 Wirtschaftsplan 2013 der Stadtwerke Marburg GmbH Vorlage: VO/1815/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zum Wirtschaftsplan 2013 für den DBM.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Dem Wirtschaftsplan 2013 der Stadtwerke Marburg GmbH wird zugestimmt.

---

zu 13 Dringlichkeitsanträge

Es liegen keine dringlichen Anträge vor.

---

zu 14 Anträge der Fraktionen

---

zu 14.1 Antrag der CDU-Fraktion betr. Neubau Stadthalle Vorlage: VO/1516/2012

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zusammen mit **TOP 7 Umgestaltung und Erweiterung des Erwin-Piscator-Hauses VO/1756/2012** aufgerufen und beraten.

zu 14.2 Antrag der CDU-Fraktion betr. Module für Kinderbetreuung in Früh- und Spätstunden
Vorlage: VO/1533/2012

Der Antrag wurde im Sozialausschuss am 21. November 2012 zurückzogen. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 14.4 Antrag des Stadtverordnetenvorstehers betr. Änderungen der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung
Vorlage: VO/1644/2012

Dieser Antrag wurde vom Haupt- und Finanzausschuss an den Ältestenrat zur Beratung überwiesen. Aus den Beratungen des Ältestenrates berichtet der Stadtverordnetenvorsteher. Der Ältestenrat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die vorgesehenen Änderungen der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die in der beiliegenden Gegenüberstellung in der Spalte „Neue Fassung“ in Fettdruck hervorgehobenen Änderungen werden in die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung übernommen.

---

zu 14.5 Antrag der Bürger für Marburg betreffend Kauf des „Allianzhauses“ seitens der Stadt Marburg
Vorlage: VO/1665/2012

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit der Ja-Stimme der BfM und einer Ja-Stimme aus der Fraktion Marburger Linke und bei Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 14.6 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Runder Tisch „Preiswerter Wohnraum“
Vorlage: VO/1666/2012

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen).

Die Beschlussempfehlung des Sozialausschusses vom 21. November liegt allen Stadtverordneten als Tischvorlage zur Kenntnisnahme aus.

Im Sozialausschuss wurde der Beschlusstext des Antrages auf Vorschlag der Stadtverordneten Messik (Bündnis 90/Die Grünen) wie folgt geändert:

Der Magistrat wird gebeten, zeitnah zu einem Runden Tisch "Preiswerter Wohnraum" in Marburg einzuladen, über bisherige Initiativen zu berichten und gemeinsam über weitere Vorhaben zu beraten mit den öffentlichen Wohnungsunternehmen / -genossenschaften, mit dem Kanzler der Universität, dem Studentenwerk, dem Asta, der Wohnungsinitiative von Sozialträgern (FIB, Soziale Hilfe, BI Sozialpsychiatrie ...).

Dieser vorgeschlagenen Änderung sind die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linke beigetreten.

Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser geänderten Antragsfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und der Ja-Stimme des Stadtverordneten Klee, bei Enthaltung der FDP und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, zeitnah zu einem Runden Tisch "Preiswerter Wohnraum" in Marburg einzuladen, über bisherige Initiativen zu berichten und gemeinsam über weitere Vorhaben zu beraten mit den öffentlichen Wohnungsunternehmen / -genossenschaften, mit dem Kanzler der Universität, dem Studentenwerk, dem Asta, der Wohnungsinitiative von Sozialträgern (FIB, Soziale Hilfe, BI Sozialpsychiatrie ...).

---

zu 14.7 Antrag der Bürger für Marburg betreffend Fahrradparkplätze
Vorlage: VO/1679/2012

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD).

Der Antrag ist im Umweltausschuss beraten worden. Er wurde wie folgt abgeändert:

„Aufgrund der zunehmenden Fahrradnutzung sollen der erforderliche Platz und die notwendigen Abstellsysteme für das Fahrradparken im Innenstadtbereich ausreichend zur Verfügung gestellt werden.

Ein hierfür notwendiges Konzept ist vom Magistrat in Zusammenarbeit mit dem Radverkehrsbeirat zu erarbeiten. Dieses Konzept soll der Stadtverordnetenversammlung als Umsetzungsvorschlag zum Beschluss vorgelegt werden.“

Die BfM-Fraktion ist mit dieser Änderung einverstanden. Den so geänderten Antrag sind die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linke beigetreten.

Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zur geänderten Antragsfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Aufgrund der zunehmenden Fahrradnutzung sollen der erforderliche Platz und die notwendigen Abstellsysteme für das Fahrradparken im Innenstadtbereich ausreichend zur Verfügung gestellt werden.

Ein hierfür notwendiges Konzept ist vom Magistrat in Zusammenarbeit mit dem Radverkehrsbeirat zu erarbeiten. Dieses Konzept soll der Stadtverordnetenversammlung als Umsetzungsvorschlag zum Beschluss vorgelegt werden.

---

zu 14.8 Antrag der Bürger für Marburg betreffend Verkehrsentwicklung Nordstadt
Vorlage: VO/1714/2012

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt mehrheitlich die Ablehnung dieses Antrages.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, MBL, BfM und Stadtverordneter Klee sowie Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linke und FDP folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 14.9 Antrag des Stadtverordneten Sascha Klee betr. Sicherheit der Fußverkehrsanlagen in der Dämmerung Vorlage: VO/1734/2012

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten Stufenmarkierung und Fußverkehrsanlagen im öffentlichen Raum auf ihre Sicherheit in der Dämmerung zu prüfen und insbesondere den Treppenzugang von der Kurt-Schumacher Brücke zum Parkplatz der Universitätsbibliothek, den Treppenzugang von der Rudolf Bultmannstraße zum Ludwig-Schüler Park und die Beton Poller auf dem Gehweg in der Heusingstraße mit einer kontrastreichen Markierung zu versehen.

---

zu 14.10 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Einführung von Tempo 30 in der Schützenstraße Vorlage: VO/1767/2012

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Antragstext wurde im Umweltausschuss nach ausgiebiger Beratung in einen Prüfantrag umformuliert:

Die Straßenverkehrsbehörde wird aufgefordert zu prüfen, ob in der Schützenstraße die Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 30 gegrenzt werden kann.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss mehrheitlich die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und des Stadtverordneten Klee und Nein-Stimmen CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Die Straßenverkehrsbehörde wird aufgefordert zu prüfen, ob in der Schützenstraße die Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 30 gegrenzt werden kann.

zu 14.11 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Einleitung eines Moderationsverfahrens Oberstadt
Vorlage: VO/1769/2012

Die Vorlage wurde zusammen mit dem **Antrag TOP 14.3 Antrag der Bürger für Marburg betr. Sicherstellung von Ruhe und Ordnung in der Oberstadt VO/1633/2012** aufgerufen und beraten.

---

zu 14.12 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Übersichtsplan Bebauungspläne/ Marburg
Vorlage: VO/1770/2012

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung dieses Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von Marburger Linken, BfM, FDP und Stadtverordneter Klee sowie Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU sowie bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 14.13 Antrag der FDP-Fraktion betr. Oberstadtwache durchgehend besetzen
Vorlage: VO/1799/2012

Der Antrag wird auf Wunsch der FDP-Fraktion vertagt bis zur Februar-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss am 27.11. noch nicht abschließende beraten worden und wird insofern auch an den Ausschuss zurück überwiesen.

Eine Abstimmung erübrigt sich für heute.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur Februar-Sitzung.

---

zu 14.14 Antrag der MBL Fraktion betr. Verkehrskonzept Lahnberge Vorlage: VO/1810/2012

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss geändert worden. Der Halbsatz **„unter besonderer Berücksichtigung einer möglichen Seilbahn“** wurde gestrichen.

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordneten-versammlung die Zustimmung zum geänderten Antrag.

Die Vorlage wurde auch im Umweltausschuss beraten. Es berichtet der stellvertretende Stadtverordnete Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu diesem Antrag.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die geänderte Antragsfassung aus dem Bau- und Planungsausschuss abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten über den Stand des Verkehrskonzepts Lahnberge zu berichten und auf die bisher entstandenen Kosten einzugehen.

---

zu 14.15 Antrag der CDU- Fraktion betr. Wochenmarkt Cappel Vorlage: VO/1824/2012

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift.

Die CDU-Fraktion hat im Haupt- und Finanzausschuss den Antragstext wie folgt abgeändert:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob es möglich und wirtschaftlich ist, auf dem August-Bebel-Platz in Marburg-Cappel freitags nachmittags einen Wochenmarkt einzurichten. Diesbezüglich wird der Magistrat aufgefordert, sich mit den jetzigen Marktbetreibern in Verbindung zu setzen und dort eine entsprechende Rückmeldung einzuholen.

In dieser Fassung empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die geänderte Antragsfassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob es möglich und wirtschaftlich ist, auf dem August-Bebel-Platz in Marburg-Cappel freitags nachmittags einen Wochenmarkt einzurichten. Diesbezüglich wird der Magistrat aufgefordert, sich mit den jetzigen Marktbetreibern in Verbindung zu setzen und dort eine entsprechende Rückmeldung einzuholen.

---

zu 15 Kenntnisnahmen

---

zu 15.1 Träger des Pflegeprojektes Weintrautstraße
Vorlage: VO/1800/2012

Die Vorlage ist im Sozialausschuss beraten worden. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Kenntnisnahme.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

zu 15.2 Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der Budgets zum 30.09.2012
Vorlage: VO/1750/2012

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

zu 15.3 Ergebnishaushalt 2012
hier: Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung und Auszahlung im Budget des Produkts 515720 Hilfen für junge Menschen und deren Familien
Vorlage: VO/1814/2012

Auch diese Kenntnisnahme ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Magistratsvorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um **20:10 Uhr.**

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Rink
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen Nr. 17 bis Nr. 30

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.12.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Jan Sollwedel
Schlosstreppe 7

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.11.2012
hier: Frage Nr. 17

Wie beurteilt der Magistrat die Entscheidung der Stadt Fulda gegen eine vom Ordnungsamt verhängte Verlängerung der Sperrstunde und wie beurteilt er die Einschätzung des Fuldaer OB's, die Regelung könnte auf Initiative von Bürgern vor den Verwaltungsgerichten erfolgreich beanstandet und die Stadt auf Initiative betroffener Kneipiers zu Schadensersatzzahlungen verurteilt werden?

Sehr geehrter Herr Sollwedel,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Im Randbereich des Gebiets, das die Stadt Fulda für eine Sperrzeitverlängerung vorgesehen hatte, befanden sich vier Diskotheken bzw. diskothekenähnliche Gaststätten, über die es keine Beschwerden – auch nicht über zu- und abwandernden Gäste - gab. Für diese Fälle war es nicht auszuschließen, dass Schadensersatzforderungen auf die Stadt Fulda zugekommen wären.
Aufgrund der freiwilligen Vereinbarung der Gastwirte mit der Stadt Fulda, die Gaststättenbetriebe ab 03.00 Uhr zu schließen, musste diese Problematik nicht mehr diskutiert werden.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.12.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Manfred Jannasch
Gutenbergstr. 15

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.11.2012
hier: Frage Nr. 18

Die Ampelschaltungen am Erlenring sind alles andere als tolerabel. Grundsätzlich hemmt die Fußgängerampel am Blochmann-Platz den Fahrzeugverkehr in beiden Richtungen. Was hat der Magistrat zur dringend notwendigen Abhilfe geplant?

Sehr geehrter Herr Jannasch,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

In den letzten Wochen wurde die Koordinierung der Lichtsignalanlagen am Erlenring in den Steuergeräten und im Verkehrsrechner verändert. Grundlage für die Neukoordinierung ist eine verkehrstechnische Planung, die anhand von Zählungen, Messungen und Schätzungen des städtischen Verkehrs entstanden ist.

Diese Neukoordinierung befindet sich noch in der Einstellungsphase. Die Probleme sind der Straßenverkehrsbehörde und den beauftragten Verkehrsplanern bekannt und es wird mit Nachdruck an der Problemlösung gearbeitet.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.12.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Manfred Jannasch
Gutenbergstr. 15

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.11.2012
hier: Frage Nr. 19

Im Haushaltsplan 2013 Seite 385 Produkt 6174000 ist „Aufwand für Honorarkräfte" angegeben. Es wird um Vorlage einer Aufstellung über Zahlungsempfänger und geleistete Tätigkeiten für 2011 und 2012 gebeten.

Sehr geehrter Herr Jannasch,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Eine Auflistung der Zahlungsempfänger ist aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich. Im Folgenden eine Auflistung der Themenjahre und Projekte 2012 und 2011, für die Honorare, Gagen und Abgaben an die Künstlersozialkasse anfielen:

2012:
Themenjahr Grimm mit den zahlreichen Veranstaltungen und Projekten
UNESCO-Bewerbung
Jugend-Bandbörse
Marburger Ökumenegespräch
Kamerapreis
Kinder- und Jugendtheaterfestival KUSS
Recherche Historische Hinweisschilder
Sommerakademie für bildende und darstellende Kunst
Potenzialstudie Stadtgeschichte – Museumslandschaft – Schlossareal
Ausstellungswesen
Willkommensdinner für Erstsemester

2011:
Historische Hinweisschilder
Projekt Ausbau Waggonhallen-Areal
Kamerapreis
Glaskunst-Architektur
Kinder- und Jugendtheaterfestival KUSS
Ausstellungswesen
Marburger Hafenfest
Sommerakademie für bildende und darstellende Kunst

Jugend-Bandbörse
Vorbereitung Themenjahr Grimm
Willkommensdinner für Erstsemester

Zuständige Dezernentin: Stadträtin Dr. Weinbach

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.12.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Sonja Sell
Schwanallee 34

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.11.2012
hier: Frage Nr. 20

Der alte Friedhof am Barfüßertor wird offenbar von einigen Hundebesitzern als Hundeklo missbraucht. Die Hinterlassenschaften bleiben dabei liegen, z.T. sogar auf „aktiven" Gräbern bzw. an Bäumen, unter denen Urnen liegen und in Pflanzschalen. Kann der Magistrat mit Hilfe von Hundekotbeutelspendern des DBM, Kontrollen und ggf. Verbotsschildern diesem Unwesen ein Ende bereiten?

Sehr geehrte Frau Sell,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Um dem beschriebenen Problem entgegenzuwirken hat DBM unverzüglich 3 Hundekotbeutelspender an den Eingängen aufgestellt. Außerdem stehen dort 3 entsprechende Schilder, die darauf hinweisen, dass eine Verunreinigung durch Hunde zu beseitigen ist.

Im Rahmen der regelmäßigen Reinigung bzw. Pflege des Friedhofes wird DBM die Situation kontinuierlich kontrollieren.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.12.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Jan Schalauske
Neustadt 27

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.11.2012
hier: Frage Nr. 21

In der Oberhessischen Presse vom 14. November 2012 berichtet die Wissenschaftsministerin Kühne-Hörmann von einer Kooperation des Rhön-Konzerns mit der GeWoBau in Bezug auf das Marburger Schwesternwohnheim. Welche Auskunft kann der Magistrat zu diesem Thema geben?

Sehr geehrter Herr Schalauske,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Universität und das UKGM sind auf Vermittlung des Oberbürgermeisters bereits in 2011 auf die GeWoBau zugekommen und haben um Unterstützung bei der Schaffung einer Ersatzlösung für das in UKGM-Eigentum befindliche Schwesternwohnheim in der Deuschhausstraße gebeten. Die Gespräche verliefen ohne Erfolg.

Im September 2012 wurden die Gespäche auf Initiative der Universität erneut aufgenommen. Zwischenzeitlich liegt eine Rahmenvereinbarung im Entwurf vor, die sich zum Ziel setzt, dass Schwesternwohnheim in der Deutschhausstraße bis zum April 2013 zu entmieten und zum Abriss bereitzustellen, um den fristgerechten Baubeginn der Universitätsbibliothek als zentralen Baustein des Campus-Firmanei sicherzustellen.

Ob es zum Abschluss der Rahmenvereinbarung kommt, ist der GeWoBau nicht bekannt. Sollte es zum Abschluss kommen, werden auch Wohneinheiten in der Uferstraße 20 zur Verfügung gestellt. Ausgenommen sind die Wohnungen für Behinderte.

Die GeWoBau hat jederzeit darauf bestanden, dass zeitgleich ein Ersatz geschaffen wird, entweder durch den Bau eines neuen Schwesternwohnheims oder eines neuen Studentenwohnheims. Diese Forderung wird von der Universität unterstützt. Die GeWoBau hat erfreut zur Kenntnis genommen, dass die Ministerin die Forderung der GeWoBau bestätigt hat.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.12.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Jan Schalauske
Neustadt 27

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.11.2012
hier: Frage Nr. 22

Auf was gründet sich die Aussage des Oberbürgermeisters in der Stadtverordnetenversammlung vom 2. November 2012, dass eine Aufschlüsselung des Gewerbesteueraufkommens nach Wirtschaftsbranchen aufgrund des Steuergeheimnisses nicht möglich sei, obwohl sowohl das Hessische Statistische Landesamt als auch z. B. die Städte Frankfurt und Oberursel solche Aufschlüsselungen vornehmen?

Sehr geehrter Herr Schalauske,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Das Steuergeheimnis ist gesetzlich verankert in § 30 Abgabenordnung und bildet das notwendige Gegengewicht zu den umfangreichen Offenbarungs-, Auskunfts- und Mitwirkungspflichten gegenüber der Finanzbehörde, die dem Steuerpflichtigen und anderen Beteiligten auferlegt worden sind. Das Steuergeheimnis soll sicherstellen, dass die im Besteuerungsverfahren dem Finanzamt bzw. Finanzservice – Steuern und Abgaben offenbarten Verhältnisse des Steuerpflichtigen nicht an Dritte weitergegeben werden.

An sich betrachtet fällt eine Auskunft des Gewerbesteueraufkommens, aufgeschlüsselt nach Wirtschaftsbranchen, nicht unter das Steuergeheimnis, da hier in der Regel kein Bezug zu einem bestimmten Steuerpflichtigen hergestellt werden kann.

Ist es jedoch möglich, aus der Auswertung nach Branchen Rückschlüsse auf ein bestimmtes Unternehmen zu ziehen, weil dieses z. B. das einzige Unternehmen der Branche ist, ist hier sehr wohl das Steuergeheimnis zu beachten.

Dies trifft im Falle der Stadt Marburg zu, so dass die Aussage in der Stadtverordnetenversammlung vom 2. November 2012 zutreffend ist.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.12.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Uwe Meyer
Heinrich-Schütz-Straße 16

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.11.2012
hier: Frage Nr. 23

In wie vielen Fällen in den letzten Jahren wurde bei Kunden der Stadtwerke die Lieferung von Strom, Gas und Wärme wegen Zahlungsrückständen eingestellt und haben die Fälle zugenommen?

Sehr geehrter Herr Meyer,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Absperrvorgänge betreffen fast nur Strombezieher, selten Gaskunden, noch nie Wärmekunden; im Einzelnen wurden abgesperrt:

2010: 172 Zähler
2011: 188 Zähler
2012: 170 Zähler (bis Mitte November 2012)

In der Weihnachtszeit werden Absperrungen in der Regel nicht vorgenommen.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.12.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Uwe Meyer
Heinrich-Schütz-Straße 16

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.11.2012
hier: Frage Nr. 24

In wie vielen Fällen in den letzten Jahren wurde eine Räumungsklage gegen Wohnungsmieter vollstreckt?

Sehr geehrter Herr Meyer,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Nach unserem Kenntnisstand wurden in
2009 insgesamt 13 in
2010 insgesamt 15 in
2011 insgesamt 28 und in
2012 bisher 25 Räumungsklagen vollstreckt.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.12.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Thorsten Büchner
Am Kupfergraben 2

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.11.2012
hier: Frage Nr. 25

Wer ist für die Schaltung der Baustellenampeln am Bahnhofsvorplatz zuständig und kann diese fußgängerfreundlicher gestaltet werden?

Sehr geehrter Herr Büchner,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Für die Schaltung der provisorischen Lichtsignalanlagen im Bereich der Baustelle Bahnhofsvorplatz ist die Straßenverkehrsbehörde zuständig.

Bei der Planung der Signalprogramme sind grundsätzliche die Belange aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, sowie die Lage und Bedeutung der Anlage angemessen zu berücksichtigen. Die Belange der Fußgängerinnen und Fußgänger und insbesondere und die Barrierefreiheit sind hier von besonderer Bedeutung.

Auch wenn in den vergangenen Wochen und Monaten aufgrund von Bürgerbeschwerden die Schaltung optimiert wurde, steht die Straßenverkehrsbehörde weiteren Verbesserungen offen gegenüber. Es ist aber zielführend und zeitsparend, wenn die wahrgenommenen Mängel konkret beschrieben, direkt an die Straßenverkehrsbehörde übermittelt werden.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.12.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Thorsten Büchner
Am Kupfergraben 2

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.11.2012
hier: Frage Nr. 26

Kann der Magistrat darüber Auskunft erteilen, ob und wenn ja wie viel Wohnfläche im Bereich Südviertel in den letzten Jahren in gewerblich genutzte Flächen umgewandelt wurde?

Sehr geehrter Herr Büchner,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Im Zeitraum von 7 Jahren (2005 bis 2011) wurden 151 qm Wohnfläche im Bereich Südviertel in gewerblich genutzte Flächen umgewandelt.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.12.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Henning Köster-Sollwedel
Wilhelm Roser Straße 18

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.11.2012
hier: Frage Nr. 27

Wie viele Geschwindigkeitskontrollen mit welcher Dauer wurden innerhalb des Stadtgebietes seit dem 01/01/12 zur Überwachung der Einhaltung von Tempo 30 durchgeführt und wie viele zu ahnende Übertretungen wurden dabei festgestellt?

Sehr geehrter Herr Köster-Sollwedel,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Vom 01.01.2012 bis zum 16.11.2012 wurden 61 Geschwindigkeitsmessungen, Dauer insgesamt ca. 300 Stunden, zur Überwachung der Einhaltung von Tempo 30 durchgeführt.
Bei diesen Messungen wurden insgesamt 3.212 Verstöße festgestellt.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.12.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Henning Köster-Sollwedel
Wilhelm Roser Straße 18

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.11.2012
hier: Frage Nr. 28

Wie viele Menschen mit Migrationshintergrund befinden sich in einem vollwertigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis bei der Stadt Marburg selbst?

Sehr geehrter Herr Köster-Sollwedel,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Zur Beantwortung der Frage ist zunächst zu klären, welche Menschen per Definition einen Migrationshintergrund haben. Dies ist nach einer Definition des Statistischen Bundesamtes für diejenigen Menschen der Fall,

- die ab 1950 in die Bundesrepublik Deutschland zugewandert sind,
- die Nachkommen dieser Zuwanderer sind, aber bereits in Deutschland geboren wurden und
- die Nachkommen in der dritten Generation, deren Großeltern zuwanderten.

Der Magistrat erhebt bei den Beschäftigten der Universitätsstadt Marburg nicht das Merkmal eines Migrationshintergrundes, so dass es keine exakten Zahlen dazu gibt, wie viele der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die genannten Voraussetzungen für das Merkmal „Migrationshintergrund" erfüllen.

Eine damalige Inspektoranwärterin hat jedoch in 2011 im Rahmen ihrer Ausbildung an der Hochschule für Polizei und Verwaltung eine Diplomarbeit mit dem Titel „Interkulturelle Personalbeschaffung der Stadtverwaltung Marburg. Chancen und Probleme" geschrieben. Darin hat sie auch den Versuch unternommen, die Anzahl städtischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund mit der entsprechenden Bevölkerungsstruktur der Universitätsstadt Marburg ins Verhältnis zu setzen. Aufgrund verschiedener statistischer Daten ist sie dabei zu dem Ergebnis gekommen, dass knapp 20 % der Marburger Bevölkerung einen Migrationshintergrund haben dürfte, wobei hier als Besonderheit ein hoher Anteil ausländischer Studierender diese Zahl maßgeblich mit beeinflusst. Im Gegensatz dazu hat sie anhand verschiedener Parameter einen Anteil von rd. 8 % der städtischen Beschäftigten ermittelt, die über einen Migrationshintergrund verfügen. Dies ist nach den im Rahmen der Diplomarbeit vorgenommenen Recherchen übrigens in den meisten öffentlichen Verwaltungen eine festzustellende Diskrepanz zwischen der Bevölkerungsstruktur einerseits und der Beschäftigtenstruktur andererseits.

Vor diesem Hintergrund habe ich als Personaldezernent als Konsequenz aus diesen Feststellungen entschieden, dass bei öffentlichen Ausschreibungen ein ausdrücklicher Hinweis aufgenommen wird, wonach wir uns über Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund besonders freuen.

Für den für die Personalentwicklung besonders wichtigen Bereich der Gewinnung von Auszubildenden verwenden wir nunmehr folgende Formulierung:

> In der Stadtverwaltung Marburg gehört der Umgang mit kultureller Vielfalt, die Kommunikation und Interaktion zwischen Menschen verschiedener Herkunft und Lebensweisen zum Alltag. Deshalb freuen wir uns sehr, wenn sich Ausbildungssuchende **aller Nationalitäten** von unserem Angebot angesprochen fühlen und sich bei uns bewerben.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.12.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Ulrich Severin
Ginseldorfer Weg 14A

35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.11.2012
hier: Frage Nr. 29

Wann wird voraussichtlich die Tafel zum Gedenken an den letzten Transport Marburger Juden in die Vernichtungslager am Bahnsteig 5 des Marburger Bahnhofs angebracht werden.

Sehr geehrter Herr Severin,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Info vom Juni 2012 seitens der Bahn AG:

In einer Sitzung mit Herrn Lahr von der Bahn AG und der Arbeitsgruppe "Gedenken am Marburger Hauptbahnhof" teilte Herr Lahr mit, dass der Baubeginn im betreffenden Bauabschnitt im Marburger Hauptbahnhof erst im Januar 2013 in Angriff genommen werden wird. Die Wandgestaltung wird dabei die letzte Maßnahme sein, so dass mit einer Hängung der Gedenkbänder erst frühestens **im Jahre 2015** gerechnet werden kann.
Herr Lahr wird aber das mit dem Bau beauftragte Planungsbüro über das Vorhaben, Gedenkbänder an Gleis 5 und 8 anzubringen, informieren, damit dieses das städtische Vorhaben rechtzeitig einplanen kann.

Im Übrigen verweisen wir auf die Beschlussverfolgung, die die Stadtverordneten über ihren eigenen Zugang im Internet unter www.marburg.de – Service & Rathaus – Stadtparlament und Wahlen - Zugang für Stadtverordnete (ALLRIS) ersehen können.

Zuständige Dezernentin: Stadträtin Dr. Weinbach

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 06.12.2012
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Björn Backes
Birkenweg 16

35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 30.11.2012
hier: Frage Nr. 30

Wann wird der angekündigte Kletterfelsen im Bereich des Georg-Gaßmann-Stadions zur Verfügung stehen, um das ausgezeichnete Sportangebot vor Ort abzurunden?

Sehr geehrter Herr Backes,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

In Anlehnung an die bereits vorhandenen Fitnessgeräte am Georg-Gaßmann-Stadion wurde ein sogenannter Kletterparcours angeschafft. Damit wird sowohl für das Klettern aber auch für die Trendsportart Parcours ein multifunktionales Sportgerät zur Verfügung gestellt.
Eine Montage des Kletterparcours erfolgt nach Lieferung und sobald die Witterungsverhältnisse es ermöglichen.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister